

Eine Parlamentsstadt braucht aktive Parteien

RAPPERSWIL-JONA Mit einem Stadtparlament dominiere das parteipolitische Geplänkel. Sachpolitik dagegen bleibe auf der Strecke, monieren die Gegner. Ist die Befürchtung begründet? Die Meinungen gehen auseinander.

Das Nein-Komitee zeichnet ein düsteres Bild, sollte Rapperswil-Jona nach der Abstimmung am 10. Juni tatsächlich ein Stadtparlament bekommen. Einer der Kritikpunkte: Anstatt um die Suche nach echten Lösungen gehe es in einem Stadtparlament nur um politische Wichtigkeit und Parteigeplänkel. Lieber erteile man da einer guten Idee aus der «falschen» politischen Ecke eine Abfuhr, als über den eigenen politischen Schatten zu springen.

«Früher war es schlimmer»

Solche Befürchtungen gab es auch in Wetzikon, wo vor rund einem Jahr nach mehreren gescheiterten Anläufen ein Stadtparlament – der Grosse Gemeinderat – eingeführt wurde. Wie der Wetziker Ratspräsident Stefan Kaufmann (SVP) sagt, waren die Befürchtungen im Nachhinein jedoch unbegründet, «respektive an der Gemeindeversammlung war das viel schlimmer.»

Dass Sachpolitik auf der Strecke bleibt, kann er jedenfalls nicht be-

«Ausuferndes Parteiengeplänkel kann durch den Parlamentspräsidenten eingedämmt werden.»

Stefan Kaufmann, Präsident des Grossen Gemeinderats Wetzikon

stätigen. Beispiele für parteiübergreifendes Zusammenspannen gebe es viele. So wurde ein Rückweisungsantrag der GPK im Frühling von links bis rechts unterstützt. Oder: «Die Gründung einer Spitex AG fand ebenfalls Unterstützung quer durch die politischen Lager. Dies, nachdem die Bedenken der Grünen zerstreut worden waren.» Auch bei vielen Vorstössen fänden sich Unterschriften von links bis rechts. Und schliesslich sei auch das Referendum zum Busbahnhof parteiübergreifend unterstützt worden.

Nicht nur grosse Parteien

«Natürlich fördert ein Parlament eher die Parteipolitik», sagt Politologe Andreas Ladner. Er hat sich in verschiedenen Studien eingehend mit dem Thema Gemeindeversammlung und Lokalparlament beschäftigt. Wer gewählt werden will, dessen Weg führe über die Parteien. «Wobei diese durchaus offen sind für

neue Mitglieder, mangelt es doch oft an Kandidaten.» Und mit Parteien seien auch nicht bloss die vier Bundesratsparteien gemeint. «Es gibt Parlamentsstädte, in denen viele andere politische Gruppierungen eine Rolle spielen.»

Dass die Parteien bei der Aufstellung von Wahllisten eine bedeutsame Rolle spielen, steht gemäss Politologe Iwan Rickenbacher ausser Frage. Aber: «Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von einem Stadtparlament und einer Stadtregierung die Lösung konkreter und naher Probleme, sonst folgen die Konsequenzen in den nächsten Wahlen schnell, auch über die Wahl von

parteionabhängigen, von Bürgergruppen portierten Kandidaten.» Im Übrigen gehe es in keinem politischen Gefäss nur um Sachpolitik, sagt Iwan Rickenbacher. «Eine Gemeindeversammlung kann durch eine Interessengruppe «unterwandert» werden, um eine Mehrheit zu erzielen, die nicht dem Meinungsbild der Stadt entspricht.»

Ein «Spezialfall»

Eine Gemeindeversammlung oder ein Parlament für Rapperswil-Jona? Dazu wollen sich die Experten nicht auf die Äste hinauslassen. Dass eine Stadt mit 27 000 Einwohnern die Bürgerversammlung kennt anstatt ein Parlament, finden sie allerdings ungewöhnlich. Ladner spricht vom «Spezialfall» Rapperswil-Jona. Wobei das nicht unbedingt negativ sein müsse. Bei dieser

Grösse müsse jedoch schon sehr schlüssig nachgewiesen werden können, dass die Bürgerversammlung sehr gut funktioniere. Wird das heutige System beibehalten, ist es zwingend, dass die Kompetenz der Versammlung nicht übergrössig ist. «Gewisse Beschränkungen sind nötig. Zum Beispiel, dass das Referendum gegen Versammlungsbeschlüsse ergriffen werden kann oder bestimmte Entscheide an die Urne überwiesen werden können.»

Ringieren um ein Profil

Die rund zehn Parteien in Rapperswil-Jona bilden laut Iwan Rickenbacher ein buntes Spektrum, von den etablierten traditionellen Kräften bis zu relativ jungen Bürgerbewegungen. «Das hat in der politischen Debatte Vor- und Nachteile. Der Vorteil ist die Aktivierung vieler Bürgerinnen und

Bürger, der Nachteil ist die Zersplitterung und die Gefahr unheiliger Allianzen zur Verhinderung von Lösungen.» Müssten sich diese Parteien und Bewegungen während vier Jahren im Parlament zeigen, müssten sie alle um ein Profil ringen und eine Linie einhalten, da die Verhandlungen öffentlich würden.

Parlament oder Versammlung – eine Faustregel gibt es nicht. Nicht zuletzt ist es auch eine kulturelle Frage. «In manchen Kantonen der Westschweiz ist es undenkbar, dass die Gemeindeversammlung entscheidet. Je weiter östlich man geht, umso tiefer verwurzelt ist das Versammlungssystem.» Und: «Ein Parlament funktioniert nicht per se schlechter als eine Gemeindeversammlung. Andererseits garantiert es auch nicht die Lösung aller Probleme.» Vielmehr stehe es auch damit nicht



PARLAMENT

Rapperswil-Jona

Vor der Bürgerversammlung am 10. Juni beleuchtet die ZSZ die Argumente für oder gegen ein Stadtparlament. Heute: **Bleibt mit einem Parlament die Sachpolitik auf der Strecke?**

überall zum Besten. So sei die Fluktuationsrate vielerorts gross.

Wie bei der Bürgerversammlung kommt es auch beim Parlament letztlich auf die Rahmenbedingungen an. «Damit es funktioniert, braucht es aktive Parteien, die ihre Vertreter im Parlament unterstützen und zur Meinungsbildung beitragen.» Die Gewählten wiederum müssten bereit sein, sich intensiv mit den The-

«In der politischen Diskussion geht es nie und in keinem Gefäss nur um Sachpolitik.»

Iwan Rickenbacher, Politologe

men auseinanderzusetzen. Ganz wichtig seien zudem die ständigen Kommissionen.

Redebeschränkung möglich

Dem kann Stefan Kaufmann nur beipflichten. Bei der Arbeit in den Kommissionen spiele die Parteizugehörigkeit erfahrungsgemäss auch keine Rolle. Dass ausuferndes Parteiengeplänkel im Parlament eingedämmt werde, dafür sei auch der Präsident verantwortlich, sagt Kaufmann weiter. «Er ist für Anstand und Ordnung verantwortlich.» Aber auch die Geschäftsordnung besage, dass pro Person nur zweimal zu einer Sache gesprochen werden dürfe. «Dann gibt es noch die Möglichkeit des Ordnungsantrags auf Abstimmung. Von dem wurde bei uns oft Gebrauch gemacht.»

Regula Kaspar-Fisler



©123RF STOCK FOTOS

Die Gegner eines Stadtparlaments befürchten, dass die Sachpolitik damit auf der Strecke bleibt. Weshalb?

Yvonne Suter: Nur Kandidierende auf Parteilisten haben überhaupt realistische Chancen, gewählt zu werden, das zeigt ein Blick in andere Stadtparlamente. Aus den Parteien werden im Parlament Fraktionen und diese bemühen sich um Geschlossenheit, um parteipolitische Profilierung und um Abgrenzung. Für Sachpolitik bleibt da kaum Platz.

Können Sie konkrete Beispiele nennen?

Nehmen wir Gossau. Hier zog der erste Parlamentspräsident nach zehn Jahren wie folgt Bilanz: «Die Erwartungen an das Parlament waren und sind (zu) gross. An den Sitzungen wird zu wenig debattiert, weil Meinungen im Vorfeld in den Fraktionen gemacht und meistens nur parteipolitisch be-

Nachgefragt



Yvonne Suter
CVP-Präsidentin
Rapperswil-Jona, Mitglied
Nein-Komitee

«Unproduktives Schaulaufen»

gründet sind und sogar in den Medien im Vorfeld veröffentlicht werden.» Der «Zürcher Oberländer» stellte bei den Stadtparlamentwahlen in Wetzikon fest, dass das Parteibüchlein wichtiger als der Name sei und: «An der Gemeindeversammlung wird (...) oft gegen die Empfehlungen der Parteien entschieden. Das ändert mit dem Parlament grundlegend.» Solche Beispiele sagen genug. **Im Kantonsrat dürfte es also auch nur um Parteipolitik gehen.**

Das ist tatsächlich oft der Fall. Bei vielen Vorlagen ist das auch nicht problematisch, weil sich viele Fragen der Gesetzgebung anhand der parteipolitischen Präferenzen, etwa nach dem Links-rechts- oder dem Konservativ-liberal-Schema, beurteilen lassen. Problematischer ist es, wenn es um konkrete Projekte oder um Vorstösse geht. Da kann es sein, dass ein Vorstoss bekämpft wird, bloss

weil er aus der «falschen» politischen Ecke kommt. Ein Stadtparlament unterscheidet sich aber genau darin von einem Kantonsparlament, dass es kaum gesetzgeberisch tätig ist. Ein Stadtparlament entscheidet vor allem über Projekte und Vorstösse, also genau jene Dinge, die sachpolitisch und nicht parteipolitisch beurteilt werden sollten. **Wie setzen Sie sich als Kantonsrätin dafür ein, dass letztendlich eben doch die Sachpolitik im Vordergrund steht?**

In den Kommissionen ist mehr Sachpolitik möglich als im Plenum. Allerdings ist es so, dass wichtige, aber komplexe Themen in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen werden, während Schlagwortthemen in den Medien riesige Beachtung finden. Auf Gemeindeebene brauche ich dieses unproduktive Schaulaufen nicht auch noch.

Interview: Regula Kaspar-Fisler

ANZEIGE

Erbschaftssteuer NEIN

«Eine nationale Erbschaftssteuer verstösst gegen das föderale Prinzip der Schweiz.»

Regine Sauter
Kantonsrätin FDP und Direktorin Zürcher Handelskammer

Zürcher Komitee «Erbschaftssteuer NEIN», Wengistrasse 7, 8026 Zürich

ANZEIGE

FDP Die Liberalen

«Das Volksbegehren gefährdet die Unternehmensnachfolge innerhalb der Familie.»

Beatrice Frey-Eigenmann, Partner Unternehmensberatung, Kantons- und Gemeinderätin, Meilen

www.fdp.ch

AM 14. JUNI 2015

NEIN zur Erbschaftssteuer

Kommunikation/Entwicklungsstelle, Postfach 100, 8001 Zollikon